

Auf der falschen Seite der Geschichte

Von *Kacem El Ghazzali* — Endlich anerkennt die SP, dass es Probleme mit dem Islam gibt. Doch die Partei von Christian Levrat zieht die falschen Schlüsse.



Islamisierung der Moderne: SP-Vorbeter Levrat.

Jahrelang warfen die Schweizer Sozialdemokraten all jenen, die auf die Gefahr des politischen Islam aufmerksam machten, «Islamophobie» vor. Nun anerkennen sie die Existenz der Probleme doch noch. Dies lässt sich aus dem Strategiepapier der SP ableiten, in dem sie das Recht auf staatliche Anerkennung für muslimische Glaubensgemeinschaften fordert, um eine bessere Integration der Muslime in die Gesellschaft zu erreichen und den islamischen Extremismus bekämpfen zu können.

Die staatliche Anerkennung ist aber der falsche Ansatz und verschärft das Problem.

Viele Einwanderer, Muslime wie auch Andersgläubige, haben sich erfolgreich in die Schweizer Gesellschaft integriert, ohne dass ihre Religion offiziell anerkannt wurde. Sie haben es verstanden, sich aus dem Griff der Religion zu befreien und sich mit den Werten der europäischen Moderne zu versöhnen, indem sie die Religion zu einer persönlichen Angelegenheit machten und ihre sozialen Beziehungen nicht darüber definierten. So war das Gelingen ihrer Integration eine Eigenleistung – ohne Hilfe des Staats oder seiner Institutionen. Sie mussten lediglich den Willen haben, Teil der neuen Gesellschaft zu werden. Diesen Willen haben viele muslimische Einwanderer nicht.

Es ist jedoch nicht die Aufgabe eines liberalen Staates, Religionen anzuerkennen, sondern,

die Religionsfreiheit für jeden Einzelnen zu garantieren.

Die staatliche Anerkennung muslimischer Gemeinschaften wäre erst der Anfang. Zweifellos würden weitere Forderungen folgen – zum Beispiel Arbeitszeitverkürzung während des Ramadan, Gewährung islamischer Feiertage oder das Recht, religiöse Programme im Radio und Fernsehen auszustrahlen.

Die SP hält in ihrem Strategiepapier zwar fest, dass die Anerkennung nur unter bestimmten Bedingungen – etwa Gleichberech-

Die SP sieht bei Migrationsthemen die Ursache der Schwierigkeiten stets bei der Schweiz.

tigung von Frauen und Männern, Bekenntnis zum säkularen Rechtsstaat, finanzielle Transparenz und Unabhängigkeit vom Ausland – möglich sein soll. Wie diese Bedingungen aber überprüft werden sollen und können, darüber schweigen sich die Genossen aus. Es ist zudem bezeichnend, dass die Sozialdemokraten elementare Rechte wie Gewährleistung der Meinungsfreiheit und der Religionskritik unerwähnt lassen.

Der Fehler der SP liegt darin, dass sie bei Migrationsthemen die Ursache der Probleme

stets beim Aufnahmeland sieht, also bei der Schweiz. Sie ignoriert dabei die historischen und kulturellen Hintergründe – in diesem Fall jene Faktoren, die den Islam in den meisten muslimischen Gesellschaften zu einer autoritären Religion gemacht haben, die in einem ständigen Konflikt mit der Moderne und den Menschenrechten steht. Stattdessen zieht es die Partei vor, sich hinter dem Diskurs über kulturelle Identitäten und Anerkennungspolitik zu verstecken.

Linke verrät ihre eigenen Werte

Es ist offensichtlich, dass die SP nicht aus den Erfahrungen ihrer Genossen in anderen europäischen Ländern lernen will. So versuchte bereits die Labour-Partei, einen «britischen Islam» zu etablieren, doch konnten sich einige ihrer islamischen Partner nicht einmal dazu durchringen, an einer Holocaust-Gedenkveranstaltung teilzunehmen. In Frankreich gelang es den Sozialisten bis heute nicht, einen «französischen Islam» zu begründen, und die Idee einer öffentlichen Islam-Stiftung scheiterte am Unwillen der muslimischen Verantwortlichen, dem Staat das Recht zu gewähren, ihre Finanzen zu beaufsichtigen. Der Beweis, dass durch staatliche Anerkennung einer Religion die Radikalisierung von Einzelnen verhindert werden kann, ist bisher nicht erbracht.

Wir brauchen keine staatliche Anerkennung des Islam, sondern Muslime, die anerkennen, dass ihre Religion dringend einer internen Debatte bedarf. Der Islam steckt in einer Krise, er ist von faschistischen und freiheitsfeindlichen Ideen durchdrungen. Bevor diese Selbsterkenntnis nicht da ist, wird es keine Lösung geben.

Verstörend ist, dass der Ruf nach Anerkennung des Islam ausgerechnet von links kommt. Hat die Linke vergessen, dass die Religion der Hauptzerstörer der individuellen Revolution ist? Wie wurde die Partei, die angesichts der Arroganz und Tyrannei des Christentums den Slogan «Religion ist das Opium des Volkes» aufbrachte, zur engsten Freundin des Islam? – Indem die westliche Linke ihre Prinzipien und Werte verraten hat.

Während die Genossen hier in der Schweiz den säkularen Zivilstaat untergraben und an der Islamisierung der Moderne arbeiten, haben in Tunesien gleichzeitig Dutzende von linken und liberalen Tunesiern gegen das Gesetz der Kriminalisierung des öffentlichen Essens während des Ramadan protestiert und in Sprechchören gefordert: «Wir wollen einen säkularen, zivilen Staat.» Die westliche Linke hat den Kompass verloren und steht einmal mehr auf der falschen Seite der Geschichte.

Kacem El Ghazzali, 27, ist marokkanischstämmiger Schriftsteller. 2011 kam er als Flüchtling in die Schweiz. Seit Ende 2017 besitzt er das Schweizer Bürgerrecht. www.kacemelghazzali.com